



KEESA

Kampagne für
Entschuldung und
Entschädigung im
Südlichen Afrika

Rundschreiben 27 Januar 2021

- 1 - Sambia – Schuldenkrise spitzt sich zu
- 2 - Beschaffungsskandal in Simbabwe
- 3 - Milliarden illegal aus Angola weggeschafft
- 4 - Minenaktivistin in Südafrika mit Tod bedroht
- 5 - Ende für Erdgasrausch in Mosambik?
- 6 - In eigener Sache

Sambias Schuldenkrise spitzt sich während der Corona-Pandemie zu

Sambia hat seit der letzten Schuldenstreichung im Jahr 2005 wieder knapp 12 Milliarden USD Auslandsschulden angehäuft. Während sich das jährliche Staatsdefizit aufgrund der Zinsrückzahlungen ausweitete, nahmen die staatlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit in den letzten Jahren stetig ab. Das machte das Land besonders verletzlich für die Folgen der globalen Corona-Pandemie.

Letztes Jahr erreichte Sambia einen Aufschub der Rückzahlung der G20-Schulden, die aber lediglich einen kleinen Teil der Auslandverschuldung ausmachen. Oft wird China für die Schuldenkrise verantwortlich gemacht, doch tatsächlich stammt die

Es droht der Staatsbankrott. Die sambische Zivilgesellschaft fordert Transparenz und Verantwortung der Regierung.

Hälfte der Schulden aus Darlehen privater Kreditoren, unter anderem in sogenannten Eurobonds. Sambia nahm insgesamt 3 Milliarden

USD Eurobonds hauptsächlich für Infrastruktur-Projekte auf, deren Rückzahlungen zwischen 2022 und 2024 fällig werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie und der prekären wirtschaftlichen Situation, welche den sambischen Kwacha auf die Hälfte seines Werts absacken liess, kann Sambia die jährliche Zins-Rate von 42.5 Millionen USD nicht zurückbezahlen – die Schulden des ersten Bonds von 750 Million USD sollen dann im Jahr 2022 beglichen werden. Es droht der Staatsbankrott. In dieser prekären Situation bat die Regierung letzten September die Inhaber der Eurobonds um

einen sechsmonatigen Zahlungsaufschub. Diesen lehnten die ausländischen Kreditoren vorerst ab. Teil des 10-köpfigen Verhandlungskomitees war die UBS. Sambia hat offiziell noch keinen Staatsbankrott verkündet. Es ist anzunehmen, dass diesbezüglich zurzeit Verhandlungen stattfinden. Die sambische Zivilgesellschaft fordert Transparenz und Verantwortung der Regierung, denn der Schuldendienst geht vor allem auf Kosten der Bevölkerung, die auf staatliche Grundleistungen wie Gesundheit und Bildung angewiesen sind.

Ausserdem spitzt sich die politische Lage im Land weiter zu. Im August stehen nationale Wahlen an. Der amtierende Präsident Edgar Lungu stellt sich zur Wiederwahl für eine dritte – und gemäss der Opposition illegitime – Amtsperiode.

ash/rk

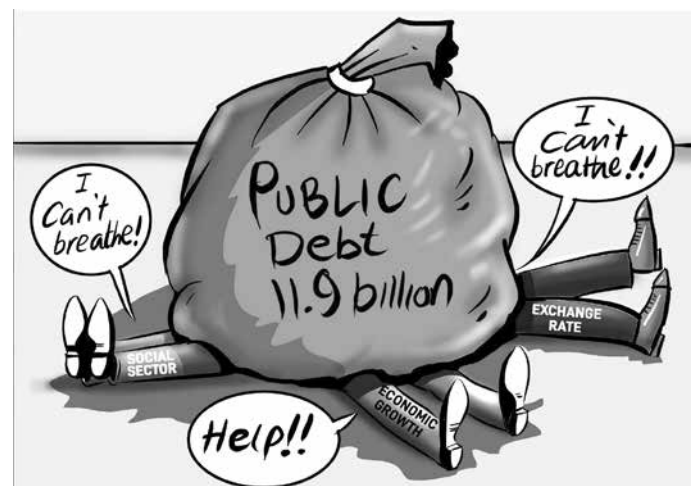


Bild: CTPD/actionaid 2021

Beschaffungsskandal für medizinische Güter in Simbabwe

Wir berichteten im letzten Rundschreiben 26 über den Beschaffungsskandal, in welchen die Schweizer Briefkastenfirma Drax SAGL involviert ist. Diese hatte mit der simbabwischen Regierung einen Beschaffungsauftrag abgeschlossen, der Simbabwe den Erhalt von medizinischen Gütern zur Bekämpfung von Covid-19 gesichert hätte.

Die KEESA hat diesen Fall genauer verfolgt. Auf ihren Anstoss hin hat die Sonntagszeitung einen Artikel (siehe Seite 3) zum Fall publiziert, welcher den Skandal zusammenfasst. In der Zwischenzeit wurde der ehemalige Gesundheitsminister Obadiah Moyo wegen Machtmissbrauch in Simbabwe angeklagt

Eine Überarbeitung des Geldwäschereigesetzes wäre dringend notwendig, wie der Fall Drax in Simbabwe oder auch die Schweizer Beteiligung bei den Luanda Leaks zeigen.

und wartet auf die Gerichtsverhandlungen. Weitere involvierte Personen wie der simbabwische Vertreter von Drax International, wurde ebenfalls festgenommen, befindet sich jedoch seit Dezember wieder auf freiem Fuss.

In der letzten Herbstsession hat ausserdem NR Fabian Molina dem Bundesrat Fragen zum Fall Drax und zur menschenrechtlichen Lage in Simbabwe gestellt. Die Antworten waren aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend. Bundesrat Cassis beschränkt sich in seiner Antwort darauf, Besorgnis über die menschenrechtliche Lage in Simbabwe auszudrücken und darauf hinzuweisen, dass die Schweiz dem Land im Rahmen der Covid-19-Krise zusätzliche 3,7 Mio Franken zur Verfügung stelle.

Bezüglich der Festnahme des renommierten Investigativjournalisten Hopewell Chin'ono, der den Skandal in Simbabwe aufgedeckt hatte, verweist Bundesrat Cassis auf eine Initiative verschiedener Länder für Pressefreiheit, die Media Freedom Coalition. Allerdings finden sich zu dieser Initiative nur wenig Informationen und noch weniger zur Rolle der Schweiz.

Die Antworten des Bundesrats können unter folgenden Links nachgelesen werden:

- <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=49859>
- <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=49866>

Chin'ono wurde nach seiner Freilassung im September 2020 ein zweites Mal Anfangs November festgenommen. Angeblich hatte er mit einem Tweet gegen seine Kautionsauflagen verstossen. Er wurde nach knapp dreiwöchigem Aufenthalt in einem Hochsicherheitsgefängnis noch im November wieder freigelassen.

Am 8. Januar 2021 wurde er jedoch ein weiteres Mal festgenommen, Auslöser war dieses Mal erneut ein regierungskritischer Tweet – kurz darauf wurden zudem der stellvertretende Vorsitzende der Oppositionspartei MDC, Job Wiwa Sikhala, und die MDC-Sprecherin Fadzayi Mahere festgenommen. Beide hatten sich für Chin'onos Freilassung eingesetzt. Gegen Chin'ono laufen weiterhin juristische Verfahren, die alle mit seinem Einsatz gegen die korrupten Netzwerke in Zusammenhang stehen. ag

Angola – Milliarden illegal ausser Land geschafft. Dicke Spur in die Schweiz

Angola könnte als weiteres afrikanisches Land demnächst zahlungsunfähig werden. Die Wirtschaft des hoch verschuldeten Landes hängt von der Erdölproduktion ab. Im November 2020 kam es wegen der

Im November 2020 kam es wegen der hohen Teuerung zu Hungerprotesten in der Hauptstadt Luanda, die von der Polizei mit erheblicher Gewalt aufgelöst wurden.

hohen Teuerung zu Hungerprotesten in der Hauptstadt Luanda und anderswo, die von der Polizei mit erheblichem Gewalteininsatz aufgelöst

worden sind. Die Demonstrierenden machten auf die rund 100 Milliarden USD aufmerksam, welche in den Jahren vor 2017 von Personen im Umfeld des damaligen Präsidenten Dos Santos externalisiert worden waren. Die Forderung der Protestierenden: das sichergestellte Geld solle der Bevölkerung zugutekommen. Im Januar 2020 zeigten die sogenannten Luanda Leaks, rund 79'000 vom International Consortium of Investigative Journalists ICIJ veröffentlichte Dokumente, den Umfang des Verlustes auf, den Angola aufgrund krimineller Machenschaften

Schweizer Firma wegen Korruptionsskandal im Fokus

Der Gesundheitsminister von Zimbabwe musste seinen Posten räumen, Interpol ermittelt. War eine Tessiner Beratungsfirma in den Fall verwickelt?

In Zimbabwe hat die Affäre einen eigenen Namen: Covid-Gate. Unter diesem Schlagwort berichten lokale Medien über mutmassliche Korruption bei der Beschaffung von Corona-Schutzmaterial. Höchste Mitglieder der Regierung sollen Staatsgelder abgezweigt haben. Und das über eine Firma mit Hauptsitz in der Schweiz.

Erstmals publik gemacht wurde der Fall im Sommer vom Portal «Zim Live». In der Folge musste der Gesundheitsminister von Zimbabwe seinen Posten räumen und wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch in Haft. Zum Verhängnis wurde ihm eine Zahlung an die Firma Drax Consult SAGL, ein eher unscheinbares Unternehmen aus Lugano.

Interpol hat einen «gut begründeten Verdacht»

Deren Besitzer, ebenfalls im Tessin domiziliert, gründete Anfang März 2020 eine Tochterfirma in Ungarn. Nur wenige Tage später traf dann eine Zahlung von Zimbabwe über zwei Millionen US-Dollar ein. So geht es aus Unterlagen von Interpol hervor, die «Zim Live» veröffentlicht hat. Die Behörde schrieb darin von einem «gut



Verdacht auf Amtsmissbrauch: Obadiah Moyo

Foto: AFP

begründeten Verdacht» auf ein Verbrechen und nahm entsprechende Ermittlungen auf.

Dabei zeigte sich, dass der überwiesene Betrag wohl nur eine erste Tranche war. Insgesamt sollte die Drax Consult SAGL gar 20 Millionen US-Dollar von Zimbabwe erhalten. Und hätte laut Vertrag im Gegenzug medizinisches Schutzmaterial im Kampf gegen das Coronavirus liefern sollen.

Doch dabei gibt es mehrere Probleme. Erstens hatte die Regierung den Grossauftrag nicht korrekt ausgeschrieben, so, wie es für Beschaffungen dieser Grössenordnung in

Zimbabwe vorgeschrieben ist. Zweitens wäre das bestellte Material bei einem Gesamtpreis von 20 Millionen US-Dollar wohl massiv überteuert gewesen.

Und drittens fragt sich, warum der afrikanische Staat das medizinische Schutzmaterial ausgerechnet bei einem Unternehmen bestellt, das gemäss dem Tessiner Handelsregister hauptsächlich für Unternehmensberatung und Marketing gegründet wurde.

Regierung bestreitet persönliche Beziehung

Lokale Medien berichteten schon wiederholt, dass der örtliche Vertreter von Drax in Zimbabwe enge Beziehungen zum Sohn des Präsidenten pflege. Sie publizierten auch Bilder, auf denen die beiden gemeinsam zu sehen sind. Dennoch bestreitet die Regierung jegliche persönliche Verbandelung zur Firma vehement.

Interpol äussert sich auf Anfrage der SonntagsZeitung nicht zum Fall. Es bleibt offen, ob ein Rechtshilfeersuchen bei den Schweizer Behörden eingereicht wurde. Der Anwalt, der die Drax Consult SAGL im Tessin gründete, gibt keine Auskunft. Roland Gamp

aus:
SonntagsZeitung
vom 29.11.2020

erlitten hatte. Im Zentrum der Enthüllungen stand die staatliche Erdölfirma Sonangol, geleitet von der Tochter des ehemaligen Präsidenten Isabel dos Santos, sowie der von deren Halbbruder Filomeno dos Santos geführte angolische Staatsfonds. Unter der neuen Regierung von João Lourenço unternahm Angola rechtliche Schritte gegen das 400 Firmen in 41 Ländern umfassende Imperium von Isabel dos Santos, der «reichsten Frau Afrikas», und deren Ehemann Sindika Dokolo. Fünf Milliarden US-Dollar soll sie sich unrechtmässig angeeignet haben.

Ausserdem stellte Angola internationale Rechtshilfeersuche, um die externalisierten Vermögenswerte rückführen zu können. Derzeit laufen diesbezügliche Verfahren in der Schweiz, Portugal, Holland, Luxemburg, Grossbritannien, Singapur, Mauritius, den Bermudas sowie in anderen Ländern. Filomeno dos Santos verbrachte sieben Monate in Untersuchungshaft und wurde im September 2020 zusammen mit drei anderen von einem angolischen Gericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Berufung gegen dieses Urteil ist noch hängig. Zudem hat Staats-

anwaltschaft Strafverfahren gegen Isabel dos Santos eingeleitet.

Welche Beziehungen bestehen zur Schweiz? Eine ganze Reihe: Filomeno das Santos wurde unter anderem deswegen verurteilt, weil er 500 Millionen USD auf ein Konto der Credit Suisse in London überwiesen hatte. Ausserdem hatte er den angolanischen Staatsfonds betrogen zusammen mit dem schweizerisch-angolanischen Doppelbürger Jean-Claude Bastos und dessen in Zug ansässiger Firma Quantum Global als Komplizen.

Sindika Dokolo hat den angolanischen Staat über Geschäfte mit De Grisogono geschädigt, einer in Genf ansässigen Juwelierfirma. Erst im August 2020 wurde bekannt, dass die Schweizer Behörden bereits im Dezember 2018 annähernd 900 Millionen USD auf einem Konto von Manuel Vicente, dem vormaligen Vizepräsidenten Angolas, wegen des Verdachts auf

Geldwäscherei gesperrt hatten.

Unbehelligt geblieben sind die Treuhandfirmen, Konsulenten, Banken und Anwälte in der Schweiz, welche die illegalen Transfers, Steuerhinterziehung, die irreführende Firmenarchitektur und Geldwäscherei erst ermöglichten und für diese Dienstleistungen horrende Gebühren einstreichen. Im Gegensatz zu den Banken unterstehen sie keiner besonderen Sorgfaltspflicht.

Besonders aktiv beteiligt an der Plünderung Angolas war die Consultingfirma PWC (PricewaterhouseCoopers). Jason Rosario Braganza, ein Ökonom und Aktivist für Steuergerechtigkeit aus Kenia erklärte gegenüber ICIJ, dass die Luanda Leaks wieder einmal gezeigt haben, dass der Motor für die vorsätzliche Aushöhlung der einheimischen Gesetze nicht im «korrupten Afrika», sondern vielmehr in Europa und Nordamerika zu finden sei. bm

Die Schweiz und ihr Geldwäschereigesetz

Im Zusammenhang mit dem Fall Drax soll nochmals auf die Revision des Geldwäschereigesetzes in der Schweiz hingewiesen werden. Auch dazu haben wir im letzten Rundschreiben berichtet. Eine Überarbeitung des Geldwäschereigesetzes wäre dringend notwendig, wie der Fall Drax in Simbabwe oder auch Schweizer Beteiligungen, die aus den Luanda Leaks herorgehen, zeigen: Treuhandfirmen, Konsulenten und Anwälten, die mit ihren Dienstleistungen in der Schweiz Geldwäscherei erst er-

möglichen, müssen endlich der Sorgfaltspflicht unterstehen. Das schlägt auch der Bundesrat in seinem Vorschlag zum Geldwäschereigesetz vor. Doch bisher konnte sich die Anwaltslobby erfolgreich dagegen wehren. Nun hat der Nationalrat in der vergangenen Wintersession entschieden, auf das Gesetz einzutreten. Eine Überarbeitung soll nun in der Rechtskommission NR stattfinden, voraussichtlich in der nächsten Frühlingssession möchte der Nationalrat wieder dazu beraten. ag

Protest wegen Todesdrohungen gegen Minenaktivistin in Südafrika

Die KEESA hat den Widerstand gegen das Xolobeni-Minenprojekt in Südafrika seit Beginn unterstützt und regelmässig darüber berichtet, zuletzt im Rund-

Die südafrikanischen Behörden sollen, unverzüglich die Todesdrohungen gegen Nonhle untersuchen, weitere Drohungen verhindern sowie die Sicherheit von Nonhle garantieren.

schreiben 26. Gegen den geplanten Titantium-Abbau an der Wild Coast, bekannt für ihre einzigartige Naturlandschaft, wehren sich mehrere Dorfgemeinschaften, organisiert im

Amadiba Crisis Committee (ACC). Deren Mitglieder werden seit Jahren massiv bedroht.

So wurde der ehemalige ACC-Vorsitzende, Sikhosiphi «Bazooka» Radebe, vor knapp fünf Jahren ermordet. Bis heute ist der Fall nicht aufgeklärt. Im November 2020 starb der ACC-Vorsitzende Sibusiso Mqadi an einer plötzlich auftretenden Krankheit. Die ACC vermutet eine Vergiftung, jedoch gibt es bisher keine Beweise dafür. Zeitgleich zu Sibusiso Mqadis Tod erhielt ACC-Sprecherin Nonhle Mbuthuma via SMS Todesdrohungen. Nonhle Mbuthuma ist für die KEESA keine Unbekannte. 2016 war sie Gastrednerin der KEESA-Tagung zu Rohstoffkonzernen. Bereits damals musste sie, wegen Bazookas Ermordung und wiederkehrender Todesdrohungen, in Südafrika von Bodyguards begleitet werden. Die Todesdrohungen

gegen Nonhle sind umso beunruhigender, als kurz zuvor im Oktober die prominente Landaktivistin, Fikile Ntshangase ermordet worden war.

Die KEESA hat als Reaktion auf die neuesten Todesdrohungen gegen Nonhle ein Schreiben an die südafrikanische Botschaft in der Schweiz gerichtet. Im Brief werden die südafrikanischen Behörden aufgefordert, unverzüglich die Todesdrohungen gegen

Nonhle zu untersuchen, weitere Drohungen zu verhindern sowie ihre Sicherheit zu garantieren.

Im Schreiben fordert die KEESA ausserdem, dass endlich Untersuchungen im Falle des unaufgeklärten Mordes an Bazooka angestrengt werden. Dank des internationalen Drucks untersucht die südafrikanische Polizei nun die Todesdrohungen gegen Nonhle Mbuthuma. ag

Ist der Erdgasrausch in Mosambik vorbei?

Der französische Mineralöl-Multi Total verkündete anfangs Jahr, die Arbeiten zur Förderung und Verflüssigung des Erdgases in Afungi in der Provinz Cabo Delgado vorübergehend einzustellen. Das mehrere Quadratkilometer grosse Produktionsgelände für Erdgas war am 1. Januar 2021 von Rebellen angegriffen worden, die bis auf einen Kilometer an die Landepiste und das durch einen Zaun abgesicherte Gelände vorgedrungen waren. Zwar gelang es den staatlichen Sicherheitskräften die Aufständischen zurückzudrängen, aber Total scheint nicht mehr an eine sichere Erdgasförderung zu glauben.



Karte: Tagesanzeiger, 4.12.2020

Bereits zuvor hatte us-amerikanische ExxonMobil aufgrund einer gesunkenen Nachfrage nach Erdgas und ebenfalls aufgrund der Sicherheitssituation ihre Aktivitäten zur Gasförderung zurückgefahren.

Die mosambikanische Regierung ist alarmiert und kritisiert die Förderfirmen. Gemäss der Regierung gebe es keine Sicherheitsrisiken, die würden nur vorgeschoben, um von den eigenen Unzulänglichkeiten

abzulenken. Es stehen nun Gespräche zwischen Mosambik und Total an, wohl um zu vermeiden, dass Total ihre Förderaktivitäten ganz einstellt.

Tatsache ist, die Angriffe der Rebellen, die – mindestens ein Teil davon – wie in Somalia einen islamistischen Staat errichten wollen, haben in der ganzen Provinz stark zugenommen. Die Opferzahlen variieren zwischen 1'000 und 2'000, die Zahl der Vertriebenen zwischen 100'000 und 500'000. Dies konnten weder die mosambikanische Armee noch angeheuerte Söldnergruppen – zuerst bis Herbst 2019 die berühmte Wagner-Gruppe, danach die südafrikanische Dyk-Advisory-Group – verhindern.

Die islamistischen Rebellen dürften bei der Bevölkerung auf einiges Verständnis stossen, wie wir im letzten Rundschreiben berichtet haben, da

sie von der Regierung in Maputo über Jahrzehnte vernachlässigt worden sind – Cabo Delgado ist eine der ärmsten Provinzen Mosambiks. Und gerade der anlaufende Erdgas-Boom hatte mehr Probleme denn wirtschaftlichen Aufschwung in die Region gebracht: Fischerfamilien wurden von ihren Fischgründen und Bauernfamilien von ihrem Land vertrieben.

Eine militärische Lösung des Konfliktes wird es kaum geben und die Provinz droht eher zu einem zweiten Somalia zu werden. Das scheinen auch Total und ExxonMobil zu befürchten.

Fragt sich nur, was mit dem 2 Milliarden-Kredit der Credit Suisse und der russischen Bank VTB passiert, die wesentlich durch die Erdgasvorkommen garantiert worden sind. Bleibt noch die Hoffnung auf die italienische ENI, die offshore auf hoher See weiterbohrt, weil sie sich dort vor Angriffen (noch) sicher fühlt. us

In eigener Sache: Veränderungen in der Koordination und neue Webseite

Nach drei Jahren hat unsere Koordinatorin Aurora García angekündigt, ihre Stelle bei der KEESA aus persönlichen Gründen zu kündigen. Der Ausschuss kann diesen Entscheid verstehen, bedauert ihn aber sehr. Er dankt Aurora vielmals für ihre Arbeit und ihr grosses Engagement, das sich nicht zuletzt darin gezeigt hat, wie sie sich innert jeweils kürzester Zeit in die komplexen Dossiers eingearbeitet hat.

Der KEESA-Ausschuss hat deshalb diskutiert, wie es mit der Koordination und der inhaltlichen Arbeit

weitergehen soll. Angesichts der permanent knappen finanziellen Ressourcen und den zahlreichen inhaltlichen Herausforderungen

Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung und wünschen Ihnen nur das Beste fürs neue Jahr!

wurde entschieden, dass die Koordination unter den aktiven freiwilligen Mitgliedern des Ausschusses aufteilt wird. Anna-Sophie Hobi, Aurora García, Rita Kesselring, Barbara Müller, Tibor Rechsteiner, Urs Sekinger sowie Vreni Schneider werden die Arbeiten der KEESA weiterführen, aktuell unterstützt von den

Organisationen Afrika Komitee, fepa, Solidar Suisse, SOLIFONDS und terre des hommes schweiz.

Die aktuelle Webseite der KEESA bedarf technisch und gestalterisch einer Überholung. Die KEESA ist deshalb fleissig daran, eine neue Webseite aufzubauen. Ohne grossen Schnickschnack soll sie über laufende Aktivitäten informieren und somit auch aktuelle Informationen zum südlichen Afrika und der Schweiz liefern. Die neue Internetpräsenz der KEESA wird voraussichtlich im ersten Quartal 2021 unter der Adresse www.keesa.ch aufgeschaltet werden.

Auch wenn die Koordinationsarbeit der KEESA unentgeltlich geleistet wird, ist die KEESA mehr denn je auf grosszügige finanzielle Unterstützung angewiesen! Helfen Sie uns, die KEESA als Referenzstelle für das Südliche Afrika in der Schweiz zu festigen und machen Sie in Ihrem Umfeld auf uns aufmerksam!

Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung und wünschen Ihnen nur das Beste fürs neue Jahr!

ag/us

Auch wenn die Koordinationsarbeit der KEESA unentgeltlich geleistet wird, ist die KEESA mehr denn je auf finanzielle Unterstützung angewiesen!

PC 30-494115-9

IBAN CH82 0900 0000 3049 4115 9

Mitarbeit an diesem Rundschreiben:
Aurora García, Anna-Sophie Hobi,
Rita Kesselring, Barbara Müller,
Tibor Rechsteiner, Urs Sekinger

KEESA,
c/o fepa, Postfach 195, 4005 Basel
coordination@apartheid-reparations.ch
www.apartheid-reparations.ch